

# Die Grün-Linke Regierung vertreibt Familien und Gewerbe

**An der Segantinistrasse und am Kettberg im Kreis 10 sollen praktisch alle Parkplätze aufgehoben werden. Das ist ein erneuter Angriff unserer links-grünen Polit-Elite auf die Lebensqualität in unserer Stadt.**

Die Strategie der links-grünen Regierung ist klar: Die Stadt soll gänzlich vom motorisierten Privatverkehr befreit werden. Dieses Ziel versuchen sie seit Jahren mit dem Aufheben von Parkplätzen zu erreichen, also mit Umerziehungsmassnahmen der Bürger wie sie im real existierenden Sozialismus beliebt waren.

Für die SVP gilt nach wie vor, dass die Verkehrspolitik dem Wirtschafts- und Wohnstandort der Stadt Zürich Rechnung tragen muss. Ein dauernder Abbau der Parkplätze in den Quartieren reduziert die Wohnattraktivität für Familien und normale Bürger. Dies trägt dazu bei, dass sich nur noch unsere links-grüne zahlungskräftige Elite und deren Klientel das Wohnen in der Stadt in verbilligten Sozialwoh-

nungen leisten kann. Leider haben diese elitären Akteure vergessen, dass auch Elektroautos, neben dem Strom, Parkflächen benötigen. Unsere links-grüne Polit-Elite ist offensichtlich Familien-, Gewerbe- und Bürger-feindlich und möchte Menschen mit Autos aus der Stadt vertreiben. Das führt dazu, dass nur noch Bewohner mit einem utopischen Weltbild, wie es im real existierenden Sozialismus üblich war, in der Stadt wohnen können.

Vorstösse der SVP im Gemeinderat zur Erhaltung der Parkplätze im Sinne des Wohn- und Wirtschaftsstandortes Zürich werden regelmässig niedergeknüppelt. So wurden von der SVP geforderte Parkplätze im Raum Warten im Gemeinderat 2018 ebenso wuchtig abgelehnt wie auch alle Vorstösse zum jüngsten Fall an den erwähnten Strassen. Väter sollen nun die Pampers und andere Einkäufe von den weit entfernten ÖV Stationen den Berg hinauf buckeln. Was besonders stossend ist, ist der Umstand, dass



Die SVP organisierte eine von den Medien beachtete Standaktion zum Thema Parkplatzabbau. (zvg)

Anwohner, die sich zur Wehr setzen, übergangen und nicht ernst genommen werden. Die SVP des Kreis 10 wehrt sich weiterhin gegen jeden Abbau von Parkflächen auf öffentlichem Grund und fordert ein Ende dieser bürger- und gewerbefeindlichen Verkehrspolitik.



Johann Widmer,  
Alt Gemeinderat,  
Präsident  
SVP Kreis 10

## Besetzung des Pfingsweidparks

**Auch die Anwohner des Käferbergs kamen in den Nächten vom 24. und 25. Mai in den zweifelhaften Genuss, an der Party im städtischen Pfingsweidpark bis in die frühen Morgenstunden akustisch teilzunehmen. Mit verlässlichen Freunden ist eben vieles möglich.**

Am Freitagabend, 24. Mai, besetzten mehrere Dutzend Personen den Pfingsweidpark im Zürcher Kreis 5, angeblich um gegen die Asylgesetzrevision zu protestieren, welche durch die Stimbevölkerung mit deutlicher Mehrheit angenommen worden war. Gemäss Medienmitteilung der Stadtpolizei rückten mehrere Patrouil-

len der Stadtpolizei Zürich aus und «nahmen vor Ort Kontakt mit den Anwesenden auf». In den darauffolgenden Nächten wurde eine offenbar detailliert vorbereitete und kompetent organisierte Party mit 800 bis 1000 Teilnehmern durchgeführt. Die Veranstalter hatten zu diesem Zweck eine professionelle Sicherheitsfirma und mobile Toiletten organisiert und das Gelände abgesperrt. Dass eine Musikanlage mit leistungsstarken Bässen betrieben wurde, war nicht zu überhören. So wurden aller Wahrscheinlichkeit nach mit dem Verkauf von Speisen und Getränken auf städtischen Grund, gratis und vollständig unkontrolliert dank «verlässlichen Freunden», Umsätze im fünfstelligen Bereich generiert.

### Offene Fragen bleiben unbeantwortet

Einer weiteren Medienmitteilung der Stadtpolizei war zu entnehmen, die Besetzer und Besetzerinnen hätten das Grundstück «in

einem grundsätzlich sauberen Zustand» hinterlassen, obwohl Unmengen von Abfall und Sperrgut zurückgelassen und die umliegenden Wände allesamt mit asozialen Schmierereien verunstaltet wurden. Als Privatperson, als Unternehmer und vor allem als Gemeinderat muss der Verfasser immer wieder erfahren, dass in dieser Stadt alles durchreglementiert ist und grundsätzlich Nulltoleranz gilt für Einwohner und vor allem für Gewerbetreibende. So wollte er vom Kommunikationsleiter des Sicherheitsdepartements erfahren, ob wir es hier mit einer angemessenen Toleranz für politische Manifestationen zu tun haben oder mit Günstlingswirtschaft, welche Schwarzarbeit, Steuerhinterziehung, Sozialversicherungs- und Mehrwertsteuerbetrug protegirt. Und in welchem Umfang Stadträtin Rykart und Polizeikommandant Blumer hier involviert sind. Bestätigt wurde, dass sich die Stadträtin mit dem Kommandanten abgesprochen hatte. Die

heiklen Fragen werden nicht beantwortet. Fragen wie: Sind diese Einnahmen schwarz erwirtschaftet worden? Falls ja, was unternimmt die Stadtpolizei, respektive welche andere Behörde, um diese Tatbestände aufzuarbeiten? Wer bezahlt die Beseitigung der Sachbeschädigungen und der Räumungs- und Entsorgungsarbeiten? Die Beantwortung dieser Fragen wurde vom Sicherheitsdepartement verweigert. Man möge sich dazu denken, was man will.

### Redaktionelle Beiträge von



Die Partei des Mittelstandes

**SVP: Bürgerliche Politik – kompetent und konsequent.**



Christoph Marty,  
Gemeinderat  
SVP 10